

Resolution

SPD-Bezirksparteitag Hannover 15./16. Juni 2007

Neuausrichtung der Telekom darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen! Für die Einhaltung der Spielregeln im Rahmen von Tarifautonomie und Mitbestimmung!

Der SPD-Bezirksparteitag Hannover fordert den Vorstand der Deutschen Telekom AG auf, im konstruktiven Dialog mit ver.di gemeinsam Lösungen für die Probleme des Unternehmens zu finden und dabei die berechtigten Interessen der Beschäftigten angemessen zu berücksichtigen.

Die Beschäftigten haben seit der Privatisierung schon mehrfach Maßnahmen zur Modernisierung und Anpassung von Einkommensstrukturen mitgetragen. Dadurch haben sie bereits einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung der Deutschen Telekom AG geleistet und sind – auch im Vergleich zu anderen Fachkräften in der Industrie – keinesfalls überbezahlt.

Wir erwarten, dass im Rahmen einer Einigung eine möglichst hohe Zahl qualifizierter Arbeitsplätze in Niedersachsen erhalten bleibt, um dadurch die Kundenzufriedenheit zu erhöhen.

Die Forderung der Beschäftigten nach Verhandlung eines Tarifvertrages zum Auslagerungsschutz ist legitim und entspricht den notwendigen Spielregeln im Rahmen von Tarifautonomie und Mitbestimmung.

Die SPD fordert, dass nach der Privatisierung und Deregulierung die AG Telekom bei einer Bundes- und KfW-Beteiligung kompetent, fair und zukunftsorientiert weiterentwickelt wird.

Die bisher praktizierte Art, wie das Management zurzeit auftritt, den Umbau vorantreibt und den Konflikt austrägt, muss beendet werden. Gefordert ist im Interesse des Unternehmens, der Kunden und natürlich auch einer leistungsfähigen und motivierten Belegschaft eine klare Ansage des Großaktionärs (Bund/KfW = 31,7%) über den Aufsichtsrat. Erfolg im Wettbewerb wird in diesem auf Innovation und Hochtechnologie ausgerichteten modernen Dienstleistungsunternehmen nur mit einer gemeinsam getragenen Gesamtstrategie erreichbar.

Es müssen jetzt positive Zeichen gesetzt werden:

- Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Tarifautonomie und zur Mitbestimmung, gerade in so schwierigem Umfeld wie dem Telekom-Tarifstreit. Der Schutz der Arbeitsbedingungen der heutigen Telekom-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss die gleiche Priorität haben wie die Positionierung des Unternehmens auf dem Telekommunikationsmarkt. Die Beschäftigten haben seit der Privatisierung schon mehrfach Maßnahmen zur Modernisierung und Anpassung von Einkommensstrukturen mitgetragen. Dadurch haben sie bereits einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung der Deutschen Telekom AG geleistet.
- Wir fordern das Festhalten an einer Mindestbeteiligung von 25 Prozent an der Telekom durch den Bund auch zur Abwehr von feindlichen Übernahmen.
- Wir fordern ein Zukunftskonzept für die Telekom unter fairer und verantwortungsvoller Beteiligung der Tarifpartner ein.

- Wir fordern den Vorstand Telekom auf, notwendige Umstrukturierungen am Verhandlungstisch zu entwickeln. Das Unternehmen Deutsche Telekom muss seine arbeitnehmerfeindliche Politik aufgeben und Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe mit den Beschäftigten führen. Streikbrecher mit Geldprämien zu kaufen und mit dem Verkauf von Unternehmensteilen zu drohen, widerspricht dem Prinzip der Sozialpartnerschaft.
- Wir fordern eine deutliche Ansage der Bundesregierung als Aktionär, anstehende Maßnahmen im Wettbewerb stets unter angemessener Berücksichtigung von Kundenorientierung, Servicequalität und Beschäftigteninteressen und erfolgreicher Unternehmensperspektive mitgestalten zu wollen. Die Bundesregierung als Anteilseigner wird aufgefordert, den Kurs des perspektivlosen Stellenabbaus durch eine Strategie der echten Serviceverbesserung abzulösen.